

## ***Lehren aus dem Brexit-Chaos (Newsletter Editio Dezember 2018)***

---

Geschätzte Leserinnen und Leser,

Am 25. November haben die Staats- und Regierungschefs der EU dem Brexit-Vertrag zugestimmt. Der Moment der Wahrheit kommt zwar erst, wenn das britische Parlament im Dezember über den Vertrag befinden muss. Aber lassen wir die britische Innenpolitik mal für einen Moment ausser Acht und betrachten den jetzt ausgehandelten Vertrag.

Während der Übergangszeit bis mindestens Ende 2020 bleibt Grossbritannien ein Passivmitglied der EU. Es ist allen Regeln unterworfen, hat aber keine Vertretung in den Institutionen. Selbst im Anschluss an die Übergangsphase wird Grossbritannien stark an die EU angebunden bleiben, womöglich sogar als Teil der Zollunion.

Der Elefant im Raum, um den sich die ganzen Verhandlungen drehten, und der sie fast zum Scheitern gebracht hätte (und noch immer kann, wenn das britische Unterhaus dem Vertrag nicht zustimmt), ist die Frage der Grenze zwischen Nordirland und der Republik Irland. Im Grunde stehen zwei diametral widersprüchliche Anforderungen im Raum: einerseits soll die Grenze unsichtbar bleiben, andererseits möchte Grossbritannien mitsamt Nordirland den Binnenmarkt und die Zollunion verlassen. Diese beiden Anforderungen unter einen Hut zu bringen ist schlicht unmöglich. Die „unsichtbarste“ Grenze in Europa zwischen einem EU- und einem Nicht-EU-Land (Zwergstaaten ausgenommen) ist jene zwischen Schweden und dem EWR-Staat Norwegen. Aber selbst dort sind Waren beim Grenzübertritt anzumelden.

Das Tragischste ist, dass das Problem der nordirischen Grenze absolut vorhersehbar war. Doch niemand hat sich in der politischen Diskussion vor der Abstimmung zum Brexit ernsthaft mit dessen Folgen für die Nordirlandfrage befasst. Es lassen sich darum zwei wichtige Lehren aus dem Brexit ableiten:

1. Bevor man einen funktionierenden Status Quo, der vielleicht nicht 100% perfekt ist, ablehnt, sollte man die Alternativen durchdenken. Es reicht nicht, zu wissen, was man nicht will, sondern man muss auch einen mehrheitsfähigen Alternativplan haben!
2. Dieser Alternativplan muss vollständig durchdacht werden, mit allen möglichen Konsequenzen, die sich daraus ergeben. Erst wenn diese Analyse sauber durchgeführt wurde, darf man sich ehrlicherweise die Frage nach der Fortführung des Status Quo stellen!

Das gleiche gilt auch für die Schweiz und das Rahmenabkommen: selbst wenn dieses vielleicht nicht 100% perfekt ist, stellt sich wiederum die Frage der Alternativen. Welche sind diese? Und wie schneiden sie in einer objektiven Bewertung gegenüber der Variante Rahmenabkommen ab? Bevor man das Rahmenabkommen ablehnt, braucht es glaubwürdige Alternativen. Doch davon gibt es nicht viele: nur der EWR und der EU-Beitritt liegen unmittelbar bereit auf der Variantentisch.